

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4644

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4644](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4644)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Jüdische Stimme für Demokratie und  
Gerechtigkeit in Israel/Palästina

info@jvjp.ch | www.jvjp.ch  
Spendenkonto IBAN:  
CH85 0070 0111 2011 0507 3

## Antisemitismus-Vorwürfe an die Linke

Februar 2024

Es ist unbestritten, dass sich in letzter Zeit antisemitische Handlungen und Aussagen – vor allem in sozialen Medien und in Schulen – häufen. Es ist wichtig, junge Menschen über die Geschichte des Antisemitismus und die Geschichte des Nahostkonflikts aufzuklären.

Das vorliegende Papier diskutiert nicht das Vorkommen von Antisemitismus, sondern die zunehmende Immunisierung der israelischen Politik und die Einschränkung der legitimen Debatten über sie mithilfe von Antisemitismus-Vorwürfen.

Im Folgenden erläutern wir:

- Unsere Besorgnis über die zunehmenden Antisemitismus-Vorwürfe an die Linke,
- was wir unter Antisemitismus verstehen,
- dass es Antisemitismus in der Linken durchaus gibt und dieser reflektiert werden muss, dass linke Politik aber nicht systematisch mit Antisemitismus verbunden ist,
- dass es sich nicht überall, wo Antisemitismus vermutet wird, um Antisemitismus handelt,
- dass neutrale Aussagen allerdings auch einen antisemitischen Subtext haben können,
- dass die Gleichsetzung von Israel und Juden/Jüdinnen ein Problem ist, und
- dass wir Empathie von linker wie von bürgerlicher Seite sowohl mit palästinensischen wie auch mit israelischen Opfern fordern.

### Wir sind besorgt

Als Jüdinnen und Juden, die sich als Teil der linken Bewegungen verorten, sind wir besorgt über den zunehmend inflationären Vorwurf des Antisemitismus im Zusammenhang mit Kritik an der israelischen Politik. Linke Kritik an Israel wird immer häufiger als Antisemitismus gebrandmarkt, der Raum für legitime Kritik über die israelische Politik schrumpft zusehends. Erhebungen zeigen, dass Menschen, die sich politisch als rechts verorten, in weit häufigerem Ausmass als Linke ein antisemitisches Weltbild haben.<sup>1</sup> Dennoch thematisiert der öffentliche Diskurs heute fast nur Antisemitismus in der Linken.

---

<sup>1</sup> Negative Stereotype über Juden sind bei Rechten stärker verbreitet als bei Linken:

<https://www.tagesanzeiger.ch/antisemitismus-in-der-schweiz-negative-stereotype-ueber-juden-sind-bei-rechten-verbreiteter-als-bei-linken-522696924249> (Letzter Zugriff: 2.1.2024)

Rechte antisemitische Politiker\*innen und Parteien sind heute Freunde Israels. Sie teilen den heute in Israel herrschenden Nationalismus und den Militarismus, sie unterstützen die anti-demokratische, rassistische und diskriminierende Politik der israelischen Regierung.

Die israelische Regierung nutzt den Vorwurf des Antisemitismus als Mittel, sich unangreifbar zu machen. Wenn Kritik an israelischer Politik als Antisemitismus definiert wird, muss Israel keine Verantwortung für diese Politik übernehmen. Im Mittelpunkt stehen dann nicht die Handlungen der israelischen Regierung, sondern die vermutete Motivation jener, die sie kritisieren. Das verletzt die Meinungsfreiheit und führt zur Einengung und Beschränkung der Debatte über den Nahostkonflikt.

## Was ist Antisemitismus?

Es gibt keine allgemein akzeptierte Definition von Antisemitismus. Grossen Einfluss auf dem politischen Parkett hat die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance IHRA (Internationale Allianz zum Holocaustgedenken).<sup>2</sup> Die IHRA-Arbeitsdefinition betont israelbezogenen Antisemitismus und ist zu einem politischen Mittel geworden, Kritik am Staat Israel und an der israelischen Politik dem Generalverdacht des Antisemitismus zu unterstellen. Als Reaktion auf die IHRA-Definition haben über 200 mehrheitlich jüdische Wissenschaftler\*innen, die Jerusalem Declaration on Antisemitism<sup>3</sup> formuliert: «Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische).»

Theodor W. Adorno bezeichnete Antisemitismus als «Gerücht über die Juden». In seiner Nachfolge definiert der englische Philosoph Brian Klug Antisemitismus als «Feindschaft gegen Juden als «Juden»». «Juden» in Anführungszeichen bezeichnet ein stereotypes Bild von Juden und Jüdinnen, eine Imagination mit allen uns bekannten meist negativen, teilweise aber auch positiven Eigenschaften, die Jüdinnen und Juden zugeschrieben werden. In diesem Sinn bezeichnet Antisemitismus nicht eine spezifische Haltung gegenüber Juden, sondern eine bestimmte Vorstellung von «Juden».

## Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem

Antisemitismus und die damit verbundenen Vorurteile, Stereotypen und Verschwörungstheorien sind in unserer Kultur weit verbreitet. Antisemitische Bilder stehen zur Verfügung. Sie können für linke, rechte, christliche, muslimische, arabische etc. politische Ideologien verwendet werden. Es ist wichtig, sich dieser Bilder bewusst zu sein und es liegt in der Verantwortung sowohl von Einzelnen wie auch von politischen Bewegungen, sie zu reflektieren. Die reflexartige und obsessive Verurteilung von Aussagen als antisemitisch durch den Staat Israel und Andere ist nicht hilfreich, sondern hinderlich für eine Reflektion von Antisemitismus und dessen Bekämpfung.

---

<sup>2</sup> Siehe: <https://www.holocaustremembrance.com/resources/working-definitions-charters/working-definition-antisemitism> / Zugriff: 6.2.2024. Siehe auch unsere Kritik der IHRA-Definition: [jvjp.ch](http://jvjp.ch) > Was wir tun > Stellungnahmen > 2019.

<sup>3</sup> Siehe: <https://jerusalemdeclaration.org/> / Zugriff 6.2.2024.

Niemand in unserer Kultur ist gefeit vor Antisemitismus – genauso wenig wie gegen Sexismus oder Rassismus. Wir alle sind mit bestimmten Vorstellungen über «Juden» aufgewachsen – ob wir uns politisch auf der Rechten, der Linken oder in der Mitte positionieren. Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Systematisch ist rechte und nicht linke Politik mit einem antisemitischen Weltbild verbunden. Rechte Politik tritt an, um partikulare Interessen, Privilegien und Rechte des eigenen Kollektivs durchzusetzen. Nationalistische Ideologien fördern den Ausschluss von Minderheiten und schaffen Sündenböcke.

Linke Politik ist Interessenpolitik von unten. Sie setzt sich für den sozialen Ausgleich ein – auf lokaler bis hin zur internationalen Ebene. Sie tritt an, um universalistische Rechte durchzusetzen. Viele ausserparlamentarische Linke pflegen allerdings eine manichäische Sicht, wonach die Welt in Opfer und Täter, in Unterdrücker und Unterdrückte aufgeteilt ist. Sie identifizieren sich mit Unterdrückten, deren Ideologien und Methoden im Kampf gegen die Unterdrückung sie nicht reflektieren – ob in Lateinamerika, Afrika oder eben in Palästina.

Die Grenzen zwischen Täter und Opfer sind aber nicht immer säuberlich zu trennen. Dies hat der Angriff der Hamas auf israelische Zivilist\*innen am 7. Oktober 2023 gezeigt, dem 1200 Menschen zum Opfer gefallen sind und bei dem mehr als 200 Menschen entführt wurden. Viele Linke konnten und können sich nicht dazu aufrufen, diesen Überfall mit deutlichen Worten zu verurteilen, weil Palästinenser\*innen im Kontext der Besetzung Unterdrückte und Israelis Täter sind.<sup>4</sup>

Israel und seine Unterstützer – rechte, bürgerliche Politiker\*innen – machen sich das heute zunutze und diffamieren die ausserparlamentarische Linke pauschal als antisemitisch. Das stellen wir vehement in Abrede. Diese Diffamierungen dienen dazu, menschenverachtende und völkerrechtswidrige israelische Politik zu legitimieren und gegen Kritik zu immunisieren.

Die Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina jvjp teilt die klare und unmissverständliche Kritik an diesem Krieg Israels, der offiziell die Hamas zum Ziel hat, tatsächlich aber in weit grösserem Masse die Zivilbevölkerung Gazas trifft. Die israelische Bombardierung hat zum jetzigen Zeitpunkt bereits über 27'000 Menschen getötet und Häuser, Infrastruktur, Moscheen und Kirchen im Gazastreifen in Schutt und Asche gelegt.<sup>5</sup> Dies hat dazu geführt, dass Verurteilungen von Hamas noch weniger zu hören sind.

---

<sup>4</sup> Wir plädieren für die eindeutige Verurteilung von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen. Im Kontext der Besetzung gibt es keine Symmetrie: Als Besatzungsmacht ist der Staat Israel die stärkere Partei und ist dafür verantwortlich, Gerechtigkeit zu schaffen. Das bedeutet aber nicht, dass es keine Widersprüche und Ambiguitäten gibt. Besetzte Palästinenser\*innen können auch zu Täter\*innen, jüdische Israelis als Besetzer\*innen auch zu Opfern werden.

Dass die Grenzen zwischen Täter\*innen und Opfer nicht eindeutig sind, zeigt sich auch daran, dass sich die jüdisch-israelische Bevölkerung bei Kritik von aussen nicht immer zu Unrecht als Opfer von Antisemitismus bestätigt fühlt, während sie grösste Mühe bekundet, sich mit der Täterrolle des israelischen Staates gegenüber den Palästinenser\*innen seit seiner Entstehung auseinanderzusetzen.

<sup>5</sup> Zudem werden im Schatten des Krieges Palästinenser\*innen in der besetzten Westbank vertrieben; Siedler greifen palästinensische Dörfer und Familien mithilfe der Armee an. Siehe zum Beispiel: David Shulman, A Bitter Season in the West Bank, in: New York Review of Books, December 21, 2023 issue (<https://www.nybooks.com/articles/2023/12/21/a-bitter-season-in-the-west-bank-david-shulman/> Zugriff: 6.2. 2024).

Wenn an Pro-Palästina Demos die Verbrechen der Hamas nicht erwähnt werden, ist dies unverstündlich und falsch. Wir distanzieren uns von Menschen und Organisationen, die die Hamas-Übergriffe als verständlichen und legitimen Widerstand verharmlosen. Genauso distanzieren wir uns von Menschen und Organisationen, die die Flächenbombardierungen von Gaza und den Tod von Zehntausenden von Zivilist\*innen als legitime Selbstverteidigung Israels ansehen.

## Nicht immer wenn Antisemitismus vermutet wird, handelt es sich tatsächlich um Antisemitismus

Von jüdischer Seite wird oft das grosse Interesse von Linken am Nahostkonflikt in Frage gestellt und darin eine antisemitische Motivation vermutet oder unterstellt. Auch wir kennen diese Ängste.

Faktisch gibt es aber viele Gründe für das erhöhte Interesse, die nicht antisemitisch sind:

- Als «heiliges Land» war Israel/Palästina schon immer im Fokus der christlichen Welt;
- europäische Mächte haben den Nahen Osten nach dem 1. Weltkrieg unter sich aufgeteilt und kolonisiert;
- die Zustimmung zur Teilung Palästinas und zur Schaffung eines jüdischen Staates erfolgte als Reaktion auf die Shoa, gekoppelt mit der Weigerung der Grossmächte, selbst jüdische Flüchtlinge und Holocaust-Überlebende aufzunehmen;
- Bevölkerungen im globalen Süden und Menschen, die sich mit ihnen solidarisieren, nehmen den Zionismus als europäische, kolonialistische Bewegung wahr, die palästinensische Selbstbestimmung verunmöglicht;
- Israel versteht sich als Teil der westlichen Welt und beansprucht eine Demokratie zu sein.

Dies alles sind legitime Gründe dafür, dass in Europa traditionell ein grosses Interesse am Nahostkonflikt besteht.

Kritik an Israel wird oft so heftig formuliert, dass sie Befürchtungen weckt. Die Heftigkeit kann antisemitisch motiviert sein. Trotzdem müssen wir uns als Jüdinnen und Juden fragen: Geht es um Wut auf die Handlungen Israels oder stereotype Vorstellungen von «Juden und Jüdinnen»? Kritik am jüdischen Nationalismus oder am jüdischen Staat ist nicht antisemitisch, wenn sie sich auf die politischen Handlungen Israels bezieht, also auf Fakten. Wenn sie Stereotypen und Imaginationen verwendet, die als «typisch jüdisch» gelten, ist sie antisemitisch.

Viele Menschen beurteilen den Slogan «From the river to the sea, Palestine will be free» als antisemitisch, weil sie damit eine Vertreibung oder Vernichtung der jüdischen Israelis verbinden. Politiker\*innen und Institutionen prangern den Slogan an und definieren ihn als antisemitisch. Er dient ihnen als «Beweis» für Antisemitismus.

Der Slogan wird auch in Israel skandiert. Wenn damit die Schaffung eines einheitlichen demokratischen Staates für alle Bewohner\*innen des Landes, gemeint ist, ist das antizionistisch, vielleicht utopisch und unrealistisch, deswegen aber nicht antisemitisch. Wer diesen Slogan verwendet, ist aufgefordert, die Vision dahinter zu kommunizieren. Nur wenn die Absicht dahinter ist, jüdische Bewohner\*innen zu vertreiben oder zu vernichten, weil sie Jüd\*innen sind, wird der Slogan zu einem antisemitischen Aufruf zur Gewalt.

Zu «From the river to the sea» ist zudem zu sagen, dass die israelische Regierung ganz offiziell exakt dieses Ziel verfolgt, nämlich eine jüdische Vorherrschaft vom Jordan bis zum Mittelmeer zu schaffen, resp. aufrechtzuerhalten. Und Israel ist mit der Erfüllung dieses Slogans um einiges erfolgreicher als Palästina. Wer den Slogan kritisiert, ist daher aufgefordert, die diesbezügliche israelische Politik auch zu kritisieren. Wenn das eine antisemitisch ist, ist das andere rassistisch.

## Antisemitismus als Subtext

Selten äussert sich Antisemitismus direkt. Aussagen können einen antisemitischen Subtext haben. Manchmal ist es leicht, diesen Subtext zu entschlüsseln, zum Beispiel bei einem Demo-Plakat mit der Aufschrift «Freiheit für alle, nicht nur für ein paar Auserwählte».<sup>6</sup> Obwohl inhaltlich nichts an dieser Aussage auszusetzen ist, impliziert der Begriff «Auserwählte» einen Spitze gegen das religiöse Konzept der Auserwählung. Dasselbe gilt bei Aussagen mit Chiffren wie «die Rothschilds», «Brunnenvergiftung», «Blutsauger», «Krebsgeschwür» oder Aussagen, die Macht und Arroganz betonen und Verschwörungstheorien äussern. All dies bezieht sich auf antisemitische Vorstellungen über «Juden». Vielen, vor allem jüngeren Leuten ist nicht bewusst, dass sie sich antisemitischer Stereotypen bedienen, wenn sie diese Begriffe verwenden. Es braucht Aufklärung über die Geschichte von Antisemitismus und Sensibilisierung für die Ängste, Erfahrungen und Empfindungen jüdischer Menschen.

Zuweilen vermuten Jüdinnen und Juden – auch wir – antisemitische Motivationen, obwohl sie nicht festzumachen sind. Manchmal stimmt dieses Gefühl. Manchmal stimmt es nicht. In diesen Fällen ist es angebracht, sich auf die vorgetragene Kritik und die entsprechenden Fakten zu konzentrieren und nicht auf die Motivation der Kritisierenden.

Kritik an Israel oder politische Vorgehensweisen können auch dumm, kontraproduktiv, inkorrekt oder unfair sein, ohne antisemitisch zu sein.

## Gleichsetzung von jüdischen Menschen und Israel

Der Staat Israel und jüdische Menschen sind nicht deckungsgleich. Zwar haben viele Jüdinnen und Juden familiäre und biographische Bezüge zu Israel, aber sie sind nicht verantwortlich für die israelische Regierung. Wer eine Schweizer Jüdin mit der Frage

---

<sup>6</sup> Transparent an der Gaza-Demo 2008 in Bern.

konfrontiert: «Hast du gelesen, was eure Armee wieder angerichtet hat?», muss sich Kritik gefallen lassen.

Wer Juden und Jüdinnen mit Israel gleichsetzt, greift jüdische Menschen an, wenn es eigentlich um Israel geht. Dies hat zur Folge, dass es eine Korrelation gibt zwischen israelischer Politik und Angriffen auf Juden und Jüdinnen. Dass die israelische Regierung (zum Beispiel mit dem Nationalstaatsgesetz) oder jüdische Institutionen (mit der bedingungslosen Solidarität mit Israel) diese Gleichsetzung fördern, ist falsch und erschwert die Aufklärung. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, immer wieder darauf hinzuweisen, dass Israel und jüdische Menschen nicht deckungsgleich sind.

## Fehlende Empathie – auf beiden Seiten

Der 7. Oktober hat bei Jüdinnen und Juden Ängste ausgelöst. Die Erfahrung, in Israel nicht sicher und geschützt zu sein, hat Erinnerungen an Pogrome geweckt. Auch im Ausland sind viele Juden und Jüdinnen verunsichert und fühlen sich durch die fehlende Empathie bedroht. Diese Ängste müssen wahr- und ernst genommen werden. Erschwerend ist, dass die israelische Regierung diese Ängste zur Rechtfertigung ihrer Politik instrumentalisiert.

Palästinensische Bewohner\*innen von Gaza, der Westbank und in Israel erleben eine noch viel realere, konkrete Bedrohung. Abertausende Tote, Verletzte und Vertriebene, zerstörte Häuser, die Auslöschung ganzer Familien hinterlassen Wut, Verzweiflung, Trauer, Sprachlosigkeit und Traumata, die noch viele Jahrzehnte die palästinensische Bevölkerung heimsuchen werden.

Weil es vor Ort im Moment vielen Menschen nicht möglich ist, Empathie mit den «Anderen» zu empfinden, ist es umso mehr die Aufgabe von solidarischen Menschen ausserhalb von Israel und Palästina, Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts aller Seiten zu benennen und zu bekämpfen, wie auch Empathie sowohl mit den palästinensischen Opfern des Gazakrieges wie auch mit israelischen Opfern des Hamas-Überfalls einzufordern.